

Betreff: Ihre E-Mail vom 18.09.06

Von: Tammo Strümppler Büro Raabe MdB <sascha.raabe.ma01@bundestag.de>

Datum: Fri, 29 Sep 2006 19:02:04 +0200

An: dwerder@t-online.de

Sehr geehrte Frau Werder,
sehr geehrter Herr Dols,

für die Übersendung des Offenen Briefes der Hanauer Friedensplattform zum Einsatz der Bundeswehr im Libanon danke ich Ihnen.

Es ist für mich als Parlamentarier immer eine schwere Entscheidung, dem Einsatz deutscher Soldaten im Ausland zuzustimmen. Dennoch halte ich den Bundeswehreinsatz in dem konkreten Fall für sinnvoll und habe ihn mit meiner Stimme im Bundestag unterstützt.

Meine Argumentation können Sie den beiden beigefügten Presstexten entnehmen (erschieden jeweils als Kolumne im Gelnhäuser Tageblatt). Falls Sie Interesse haben, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass meine Bundestagsrede zum Thema auf meiner Homepage www.sascha-raabe.de als Download zur Verfügung steht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Sascha Raabe

--

Diese Nachricht wurde weitergeleitet durch:

Tammo Strümppler, wiss. Mitarbeiter

Deutscher Bundestag
MdB Dr. Sascha Raabe
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. +49 (0)30 227-77359

Fax +49 (0)30 227-76376

sascha.raabe.ma01@bundestag.de

Bericht aus Berlin 200906.doc

Content-Type: application/msword

Content-Encoding: base64

Bericht aus Berlin 130906neu.doc

Content-Type: application/msword

Content-Encoding: base64

Bericht aus Berlin

von Dr. Sascha Raabe

Zwei Themen haben in dieser Woche das politische Leben in Berlin geprägt: die Entscheidung über den Libanon-Einsatz der Bundeswehr und die Wahlergebnisse vom vergangenen Sonntag.

Am Mittwoch hat der Bundestag mit breiter Mehrheit den ersten Einsatz deutscher Soldaten im Nahen Osten beschlossen. Ich weiß, dass große Teile der Bevölkerung dem Einsatz skeptisch gegenüberstehen. Eine Bürgerin sagte mir, sie sei dagegen, weil sie gegen Krieg sei. Aber gerade weil auch ich gegen Krieg bin, habe ich der Teilnahme deutscher Soldaten an der UN-Mission zugestimmt. Denn es gilt den nach blutigen Wochen endlich erreichten Waffenstillstand abzusichern, damit nicht wieder der Schrecken des Krieges ausbricht. Beide Konfliktparteien, Israel und Libanon, haben uns gemeinsam gebeten, ihnen zu helfen. Der deutsche Auftrag besteht darin, zu verhindern, dass neue Waffen und Raketen auf dem Seeweg in den Libanon gelangen. Wir sind gemeinsam mit vielen Nationen Teil einer Friedensmission der Vereinten Nationen. Die Einhaltung des Waffenstillstands ist die Voraussetzung dafür, dass der Wiederaufbau und eine friedliche Entwicklung im Nahen Osten möglich werden.

Ein gutes Ergebnis hat die SPD bei der Abgeordnetenhaus-Wahl in Berlin erringen können. Die Wahl hat gezeigt, dass die SPD die einzige Partei ist, die im ehemaligen Osten und Westen der Stadt gleichermaßen anerkannt wird. Berlin ist damit beispielhaft für den Rest der Republik. Für mich stellt die Sozialdemokratie die einzig verbindende Kraft dar, die in der Lage ist, die nach wie vor existierenden Gräben zwischen Ost und West zu überwinden. Wie wichtig es ist, diese Kluft möglichst schnell zu überwinden, zeigt der Einzug der NPD in den Schweriner Landtag. Das Ergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern ist besorgniserregend. Probleme mit Neonazis gibt es natürlich auch im Westen, aber der Nährboden für braune Parolen scheint im Osten ungleich fruchtbarer. Nach Ansicht des ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse – selbst aus dem Osten – ist das „dem DDR-Erbe der autoritären Fixierung auf den Staat“ geschuldet. Man verlangt alles vom Staat und ist dann umso enttäuschter, wenn der nicht alles geben kann.

Enttäuschung ist aber keine Rechtfertigung dafür, einer extremen Partei wie der NPD seine Stimme zu geben. Die NPD ist nichts anderes als eine antisemitische, antidemokratische und verfassungsfeindliche Partei. Wer NPD wählt, ist kein Protestwähler, sondern er unterstützt Neonazis – das muss jedem klar sein!

Die SPD hat Kürzungen bei Projekten gegen Rechts verhindern können. Das ist wichtig, aber noch so viele Aufklärungsprogramme können nicht helfen, wenn wir den Kampf gegen den braunen Sumpf nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen. Familie, Schule, Vereine – überall dort muss immer wieder deutlich gemacht werden, dass der Weg nach rechts eine Sackgasse ist.

Bericht aus Berlin

von Dr. Sascha Raabe

Deutsche Soldaten im Nahen Osten – lange Zeit war das unvorstellbar. Viele haben dabei ein komisches Gefühl. Das ist nachvollziehbar und zu respektieren. Man darf daher auch gespannt sein, wie die Abstimmung über den Libanon-Einsatz der Bundeswehr in der nächsten Woche im Bundestag ausgeht.

Ich werde dem Einsatz zustimmen, denn zum einen halte ich eine starke UN-Mission mit einem robusten Mandat für notwendig, um den Frieden in der Region zu sichern. Zum anderen halte ich eine deutsche Beteiligung an dieser Mission für richtig. Deutschland hat gerade für den Nahen Osten eine historische Verantwortung. Die Konflikte in der Region sind nicht zuletzt eine Folge des Zweiten Weltkrieges. Wenn dann von beiden Kriegsparteien die Bitte an uns gerichtet wird, sich aktiv mit Bundeswehreinheiten an der Sicherung zu beteiligen, können wir diese Bitte kaum ausschlagen. Wir können und dürfen uns nicht heraushalten!

Die Pläne der Bundesregierung sehen vor, dass bis zu 2.400 Soldaten für die Mission abgestellt werden. Hauptaufgabe des deutschen Kontingents wird die Überwachung der Küstengewässer sein. Eine wichtige Aufgabe, denn nur so kann der Waffennachschub für die radikalislamische Hisbollah unterbunden werden. Der Verteidigungsminister veranschlagt für den Einsatz bis August nächsten Jahres 193 Millionen Euro. Das ist für den deutschen Steuerzahler viel Geld. Und auch wenn ich den Einsatz jetzt für richtig halte, ärgert es mich schon, was wir gemeinsam mit der Wiederaufbauhilfe für die Folgen des israelischen Bombardements ausgeben müssen. Der Libanon war auf einem guten Weg. 2003 hatte die Bundesregierung sogar beschlossen, sich schrittweise aus der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Libanon zugunsten ärmerer Länder zurückzuziehen. Jetzt liegt zumindest der südliche Teil des Landes in Schutt und Asche und muss für viel Geld wieder aufgebaut werden. Drei bis vier Milliarden Euro werden notwendig sein, um die Schäden halbwegs zu beseitigen – Geld, das in den armen Ländern Afrikas und Südamerikas dringend benötigt würde.